

## **Bericht aus der Plenarsitzung im Februar 2013 zu gesellschafts- und sozialpolitischen Themen**

**SOC 475 ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in Leitungsorganen von Unternehmen:** Der EWSA unterstützt den Vorschlag für eine Richtlinie des EP und des Rates. Im Plenum fand eine erregte Debatte über die Sinnhaftigkeit der vorgesehenen Quote und über mögliche Ausnahmeregelungen statt. Die Arbeitgeber konnten sich mit der Mehrzahl ihrer Änderungsanträge nicht durchsetzen, um Abmilderungen zu erreichen.

**EUR005 Jahreswachstumsbericht 2013:** Der EWSA weist auf die fortdauernden Krisensymptome hin und fordert eine schnelle Umsetzung des Paktes für Wachstum und Beschäftigung, zur Kappung der Verbindung von Banken und Staatsschulden und der Bankenunion. Der EWSA vermisst eine Analyse der mangelnden Fortschritte bei diesen Reformen. Der EWSA warnt, dass eine Fortsetzung der bisherigen Sparpolitik zu einer tiefen und langen Rezession im gesamten Euroraum führen wird. Notwendige Konsolidierungs- und Wachstumsmaßnahmen müssen sozial ausgewogen sein. Auf die Bedeutung der Sozialwirtschaft für das Wachstum wird hingewiesen.

**INT 665-666-667 Innovations- und Gesundheitspaket:** Die Stellungnahme nimmt Bezug auf verschiedene Verordnungsvorschläge. Die Stellungnahme bezieht sich auf die Rolle der Medizinprodukte für die Gesundheit der EU-Bürger. Neben einer Vereinfachung werden wirksamere Regeln der Zulassung des Inverkehrbringens und der Überwachung begrüßt. Für Hochrisiko-Medizinprodukte soll es ein EU-einheitliches Zulassungsverfahren geben.

**NAT 571 Große Einzelhandelsunternehmen:** Entgegen dem ersten Eindruck hat dieses Thema einen bedeutenden Einfluss auf die lokale Lebensqualität, die Chancen von sozial integrativen Familienunternehmen, sowie die soziale und kulturelle Entwicklung der Gesellschaft. Diese Initiativstellungnahme weist deutlich darauf hin, dass große Handelsunternehmen ein Oligopol bilden. „Den Statistiken über die Marktanteile zufolge beherrschen eine Handvoll großer

Einzelhandelsunternehmen überall den Großteil des Marktes.“ Dies wiederum bestärkt die sozial gleichfalls schwierige Industrialisierung der Landwirtschaft. Zum Schutz der Lieferanten wird der Grundsatz der Selbstregulierung abgelehnt und gesetzliche Regelungen gefordert.

**SOC 473 Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten von Armut betroffenen Personen:** Der EWSA hat in Anwesenheit der verantwortlichen Kommissionsvertreter zu obigem Thema eine intensive Debatte geführt. Redner wiesen darauf hin, dass es angesichts der europäischen Armutsentwicklung unverantwortlich ist, den ESF zu kürzen. Eine Finanzierung des Lebensmittelprogramms auf Kosten der Integrationsinstrumente des ESF ist somit Armutsbekämpfung auf Kosten von Armutsbekämpfung. In der Debatte ist aber sogar bei den Gewerkschaften wenig Verständnis für eine moderne Sozialpolitik deutlich geworden. Demgegenüber haben wir noch einmal die Solidarität innerhalb der Mitgliedstaaten und die Notwendigkeit funktionierender Sozialsysteme hingewiesen, welche existentielle Notlagen gar nicht entstehen lassen sollten bzw. sie ohne Lebensmittelhilfe bekämpfen. Die breite Zustimmung zur Lebensmittelverteilung kann auch eine merkwürdige Koalition aus naivem oder schlicht anderem Hilfeverständnis und Kräften sein, welche die Ruhigstellung der Armen politisch für vorteilhaft halten.

In den Verhandlungen und aufgrund unserer Änderungsanträge wurden dennoch folgende Formulierungen durchgesetzt, die auch verabschiedet wurden:

- (...) Mitgliedstaaten sind frei, den neuen Fonds in Anspruch zu nehmen. „Dies darf jedoch nicht zu einer Kürzung der Mittel des Europäischen Sozialfonds für jene Mitgliedstaaten führen, die den Fonds nicht nutzen.“
- „Der EWSA unterstreicht, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten ihre Sozialpolitik auf das europäische Sozialmodell, sozialwissenschaftliche Standards und die Strategie EU 2020 gründen. Damit sind als Zielstellung verbunden rechtlich abgesicherte Sozialleistungen, die Achtung vor der Zuständigkeitsordnung der EU, das Ziel der gesellschaftlichen Integration und die Solidarität innerhalb der Mitgliedstaaten und der EU. Verlässliche sozialstaatliche Strukturen und insbesondere die Zugänglichkeit sozialer Dienste sind vorzuhalten, um u.a. existentielle Notlagen nicht entstehen zu lassen. Eine Verfestigung von Armut und eine Stigmatisierung betroffener Menschen ist bei allen Arten von Hilfen zu vermeiden.“

- „Manche Mitgliedstaaten haben sich jedoch nicht am Nahrungsmittelhilfe-Programm beteiligt und dies mit fehlendem Bedarf bzw. der Nichtvereinbarkeit des Programms mit den nationalen Maßnahmen zur Bekämpfung und sozialer Ausgrenzung begründet. Ein Teil der Organisationen der Zivilgesellschaft in diesen Ländern weist auf den stigmatisierenden Charakter direkter materieller Hilfe hin und zieht finanzielle Unterstützung des Staates zur Deckung aller Grundbedürfnisse vor. In diesen Mitgliedstaaten gibt es jedoch auch Menschen bzw. Personengruppen, die aus unterschiedlichen Gründen mit finanzieller Unterstützung im Rahmen staatlicher Hilfesysteme nicht zu erreichen sind.“
- „Beim Einkauf der Nahrungsmittel ist sicherzustellen, dass keine Wettbewerbsregeln verletzt werden und KMU sowie regionale, ökologisch sensible und sozial inklusive Anbieter ausreichend Berücksichtigung finden. Organisationen, welche die Lebensmittel verteilen, dürfen keine privaten Profitinteressen verfolgen.“

**Prof. Dr. Bernd Schlüter**, Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss